



Riesige Strommengen verlassen die Generatoren in Richtung Haushalte und Industriebetriebe. Ein gutes Geschäft für die Energiekonzerne.

FÜR WEITERE PREISERHÖHUNGEN

Strompreissenkung

Schikanen beim Brandschutz gelockert

Eine Mehrheit von ÖVP, Grünen und KPÖ beschloss die Streichung des sogenannten „Hochhaus-Paragrafen“ im Baugesetz. Auf Grund dieses vor Jahren beschlossenen Paragraphen wurden in letzter Zeit kostspielige Brandschutzmaßnahmen alter Hochhäuser vorgeschrieben. Die Brandschutzmaßnahmen konnten pro Sanierung und Haushalt bis zu 20.000 Euro betragen. Eine Bürgerinitiative hatte sich gebildet und die Novellierung des Gesetzes gefordert. Dem wurde nun Rechnung getragen.

Die neuen Sicherheitsbestimmungen sind mit denen anderer Bundesländer

vergleichbar. Renate Pacher (KPÖ): „Das bisherige Gesetz war eine Überregulierung! Nun wurde ein guter Kompromiß erarbeitet!“.

Neue Triebwagen

Einstimmig beschlossen wurde eine Förderung in Höhe von 35 Millionen Euro für den Ankauf von 13 neuen Triebwagengarnituren für die GKB und sechs neuen Garnituren für die Landesbahnen. Mit ihnen soll das steirische S-Bahn-System umgesetzt werden.

www.bigshot.at



Jahrzehnte alt ist der rote Blitz. Für das neue S-Bahn-System kommen endlich neue Züge.

KOMMENTAR

Runter mit dem Strompreis

Von KPÖ-LABg. Werner Murgg



Energie, Lebensmittel, Strom - Alles wird teurer! Immer mehr Durchschnittsverdiener müssen den Großteil ihres Einkommens bereits für die Deckung lebenswichtiger Bedürfnisse ausgeben. Kleinverdiener wissen ohnehin nicht mehr, wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen.

Die Energie Steiermark hat seit dem Amtsantritt von Landeshauptmann Voves den Strompreis zweimal erhöht. Diesem Raubrittertum will der Landtag nun einen Riegel verschieben. Er hat die Landesregierung aufgefordert, diese Strompreiserhöhungen rückgängig zu machen. SPÖ und Grüne sind dagegen. Die SPÖ machte den Vorschlag, lediglich den Ärmsten der Armen einen einmaligen Strombonus auszuschütten.

Die Steirerinnen und Steirer brauchen keine Almosen. Sie wollen eine effektive Strompreissenkung für alle Haushalte! Ein Strombonus nur für die Ärmsten wäre ein Freibrief für die nächste Erhöhung. Unter dem Motto: die Ärmsten bekommen ohnehin den Bonus, die anderen

sollen schauen, wo sie bleiben. Die KPÖ fordert stattdessen eine Senkung der Tarife auf Kosten der Profite der Konzerne.

Landeshauptmann Voves will heute davon nichts mehr wissen. Im Wahlkampf hat das anders geklungen. Damals ist er vehement für eine Strompreissenkung eingetreten. Gestern versprochen, heute gebrochen! Natürlich wäre eine Strompreissenkung leichter durchzusetzen, wenn wir alleine Herr im Haus Energie Steiermark wären. Deshalb tritt die KPÖ ja so vehement gegen die Privatisierung unserer Energiewirtschaft auf.

Noch etwas: Wer hat denn 25 Prozent an der ESTAG verkauft? War da die SPÖ nicht mit von der Partie? Gestern verscherbeln und heute über mangelnden Einfluss lamentieren ist unseriös. Und die ÖVP? Unter ihrer Federführung wurden sämtliche Kraftwerke an den Verbund verkauft, die ESTAG zum reinen Stromhändler degradiert. Verantwortungsvolle Energiepolitik schaut anders aus.

Köflach: SPÖ verkauft Gemeindewohnungen

Die SPÖ hat im Gemeinderat von Köflach die Privatisierung der Gemeindewohnungen durchgesetzt. Lediglich ein SPÖ-Mandatar enthielt sich der Stimme. 330 Gemeindewohnungen wurden um 6,56 Mio. Euro an die Firma Vobis verkauft. Damit will der Bürgermeister die Gemeindebudgets 2007 und 2008 retten. Das ist ein trauriger Beweis dafür, dass die SPÖ in der Steiermark kein Damm gegen den Ausverkauf von öffentlichem Eigentum ist. Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz

Stephan Parteder erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass die SPÖ im Land bereit war und ist, weitere Anteile der Energie Steiermark zu verkaufen. Bereits vorher hatte die Stadtgemeinde Weiz Gemeindewohnungen privatisiert.

Parteder: „In Graz und in der Steiermark würden wir aber im Gegenteil mehr Gemeindewohnungen brauchen, um dringende Wohnbedürfnisse zu befriedigen und um regulierend auf die Entwicklung der Mieten einwirken zu können.“